

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE

zur Aktuelle Stunde am 27. September 2012 - „Wer Armut verhindern will, sagt ja zum Mindestlohn!“, DS 5/5989

Ein flächendeckender Existenz sichernder Mindestlohn für Deutschland

Der Landtag stellt fest:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf gute Arbeit und faire Löhne. Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können. Niedriglöhne sind in Deutschland nicht auf wenige Branchen oder Regionen beschränkt. Überall begegnet man im Alltag Menschen, die trotz Arbeit auf soziale Transferleistungen angewiesen sind. So haben nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im März diesen Jahres 66.466 Menschen in Brandenburg zusätzlich zu Erwerbseinkommen Leistungen nach dem SGB II erhalten.

In Deutschland werden Löhne und Arbeitsbedingungen im Rahmen der Tarifautonomie von Tarifparteien ausgehandelt. Die Tarifautonomie ist ein bewährtes System zur Lohnfindung in Deutschland und ein hohes Gut. Die Ausweitung des deutschen Niedriglohnssektors steht in engem Zusammenhang mit dem abnehmenden Grad der Tarifbindung, da Tariflöhne eine Lohnuntergrenze vorgeben können. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung in Ostdeutschland, wo für weniger als die Hälfte der Beschäftigten Tarifverträge gelten. Auch in Brandenburg ist die Tarifbindung deutlich niedriger als in Westdeutschland. Parallel wurden in Ost- und Westdeutschland zunehmend Öffnungsklauseln vereinbart, die tarifgebundenen Unternehmen die Möglichkeit bieten, von tariflichen Normen abzuweichen. Aber auch in tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnissen gibt es Armutslöhne.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung im Bundesrat ihre Mittragstellung zum Gesetzesantrag des Freistaats Thüringen über die Festsetzung des Mindestlohnes erklärt hat.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen dieser Bundesratsinitiative für die Einführung eines gesetzlich festgelegten bundesweit einheitlichen Mindestlohn einzusetzen.

Ralf Holzschuher
für die Fraktion der SPD

Christian Görke
für die Fraktion DIE LINKE

